

E-Mail-Newsletter

9. Januar 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

2008 sind nach Schätzungen von UNHCR fast 65.000 Flüchtlinge an den Küsten Südeuropas angekommen. Italien will auf den Zustrom ab sofort hart reagieren und Flüchtlinge direkt nach der Ankunft in ihre Heimatländer zurückschicken. Auch die kalte Jahreszeit hält Flüchtlinge inzwischen offenbar immer weniger davon ab, den lebensgefährlichen Weg über das Meer anzutreten. Die EU-Innenminister wollen bei ihrem Treffen am 13. Januar in Prag über mögliche Maßnahmen im Umgang mit den Flüchtlingen beraten. Zwei Artikel zu diesem Thema finden Sie in diesem E-Mail-Newsletter.

Darüber hinaus haben wir für Sie Informationen zum Stand der Umsetzung der Bleiberechtsregelungen und der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak, zur Abschiebehaft, Länderinfos, aktuelle Termine und anderes mehr zusammengestellt.

Unsere beiden nächsten Veranstaltungen (weitere Infos hierzu unter Punkt 10 "Termine"):

22.-24. Januar 2009, Ev. Akademie Bad Boll: "[Flüchtlinge und SpätaussiedlerInnen: Aktuelle Themen und Angebote.](#)" **Bitte melden Sie sich zu dieser Veranstaltung möglichst schnell an!**

7. März 2009: Friedensgemeinde Stuttgart: Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg mit Wahl des Sprecherrates

Die Themen im Einzelnen:

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 7. März

mit Wahlen zum Sprecherrat und Hauptreferat von Jörg Armbruster zur Situation im Irak.

2. Bleiberecht: Statistik für Baden-Württemberg

Ottmar Schickle, Diakonisches Werk Württemberg, hat die Zahlen für Baden-Württemberg in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Partei DIE LINKE vom 29.10.2008 aufbereitet. Pro Asyl hat in einer Pressemitteilung zum Jahresende angesichts der nahenden wirtschaftlichen Rezession die Entkoppelung der Aufenthaltserlaubnis vom Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts gefordert.

3. Save Me-Kampagne

98 Menschen haben sich bislang in Heidelberg bereit erklärt, neu aufgenommene Flüchtlinge zu unterstützen, 123 in Reutlingen, 111 in Tübingen.

4. Resettlement: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak

Das Bundesinnenministerium hat am 5. Dezember eine Anordnung für die Auswahl von 2.500 Flüchtlingen aus dem Irak erlassen. Angekündigte ausländerrechtliche Hinweise des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge stehen noch aus. Das IM BW wartet derzeit noch auf ein Schreiben des BMI zu ausländerrechtlichen Fragestellungen.

Außerdem aktuelle Infos zum Thema von Pro Asyl.

5. Die Situation in der Abschiebehaft

Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Grüne

mit interessanten statistischen Daten auch zu den Abschiebehaftanstalten in Baden-Württemberg

6. Aktualisiertes Infoblatt "Zugang zur Arbeit und zu Sozialleistungen"

Aufgrund der Änderungen der Beschäftigungsverfahrensverordnung und der Arbeitsgenehmigungsverordnung vom 10.11.2008 wurde das "Infoblatt zum Zuwanderungsgesetz - Zugang

zur Arbeit und zu Sozialleistungen", erstellt von Ev. Oberkirchenrat und DW Baden, überarbeitet.

7. UNHCR: 2008 fast 65.000 Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer

Immer mehr Flüchtlinge versuchen Europa über das Mittelmeer zu erreichen. 2008 landeten nach bisherigen Schätzungen fast 65.000 Menschen mit Booten an den Küsten Griechenlands, Zyperns, Italiens, Maltas und Spaniens!

8. Infos zum deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen

das am 3.01.2009 in Kraft getreten ist.

9. Pro Asyl Newsletter Nr. 142 Dezember 2008

10. Termine

Mit herzlichem Gruß

Ihr Reiner Klass

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 7. März

Am 7. März wird die erste Tagung des Flüchtlingsrates im Gemeindehaus der Stuttgarter Friedensgemeinde im Jahr 2009 stattfinden. Wir freuen uns, dass uns der Leiter der Abteilung Ausland/Europa des SWR, Jörg Armbruster, für das Hauptreferat am Nachmittag zugesagt hat. Sein Thema: *Brennpunkt Irak: Aktuelle Situation, Perspektiven, Situation der Flüchtlinge*.

Bei dieser Tagung müssen auch die "Sprecherräte", also die beiden Vorsitzenden und die Mitglieder des erweiterten Vorstands neu gewählt bzw. in ihren Ämtern bestätigt werden. Wir würden uns sehr freuen, wenn sich einige Interessierte als KandidatIn für dieses Amt zur Verfügung stellen. Falls Sie sich für die Arbeit in diesem Gremium interessieren oder jemanden kennen, der für eine Kandidatur als Sprecherrätin/Sprecherrat in Frage kommt, wenden Sie sich bitte für weitere Informationen an die Geschäftsstelle, Tel. 0711 5532834, E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de.

Das Programm erhalten Sie in Kürze. Ihre Anmeldung für diese Veranstaltung nehmen wir gerne ab sofort per Post, Fax oder Mail entgegen.

2. Bleiberecht: Statistik für Baden-Württemberg

Ottmar Schickle hat die Zahlen für Baden-Württemberg in der [Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Partei DIE LINKE vom 29.10.2008](#) aufbereitet. Bis zum 31.10.08 sind 7.028 Anträge nach § 104a und § 104b AufenthG gestellt und 3.952 Aufenthaltserlaubnisse erteilt worden. Abgelehnt wurden 806 Anträge; über 1.543 Anträge war noch nicht entschieden.

Die [tabellarische Zusammenfassung](#) von Ottmar Schickle finden Sie als Dateianhang.

Pro Asyl hat in einer Pressemitteilung zum Jahresende auf die Folgen der Wirtschaftskrise für die Flüchtlinge hingewiesen, die im Rahmen der Bleiberechtsregelungen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten haben. Sie müssen in diesem Jahr nachweisen, dass sie aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Angesichts der nahenden wirtschaftlichen Rezession fordert Pro Asyl die Entkoppelung der Aufenthaltserlaubnis vom Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts:

Presseerklärung, 29.12.2008

Unsicher ins neue Jahr?

Fällt das Bleiberecht der Rezession zum Opfer?

PRO ASYL fordert ein Ende der Hängepartie um das Bleiberecht.

Zehntausenden von Menschen, die aufgrund eines langjährigen Aufenthalts in Deutschland ein

Aufenthaltsrecht im Rahmen der sogenannten Bleiberechtsregelung erhalten haben, droht im Jahr 2009 ein böses Erwachen. Ein Großteil derer, die zunächst von der Bleiberechtsregelung profitiert haben, hat die Aufenthaltserlaubnis nur auf Probe erhalten. Sie werden im nächsten Jahr nachweisen müssen, dass sie ihren Lebensunterhalt weitgehend aus eigener Kraft sicherstellen. Viele unter ihnen werden das nicht schaffen können, insbesondere wenn die wirtschaftliche Rezession voll auf prekäre Arbeitsverhältnisse durchschlägt.

Deshalb fordert PRO ASYL jetzt, dass die Bleiberechtsregelung im Bezug auf die Lebensunterhaltssicherung entschärft wird. PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt: "Nötig ist jetzt ein Schlussstrich, keine Fortsetzung der Hängepartie ums Bleiberecht!" Bei Verabschiedung der beiden Teilbleiberechtsregelungen (eine durch die Innenministerkonferenz, eine andere in Form einer bundesgesetzlichen Regelung) war nicht absehbar, dass der Zeitpunkt, zu dem die Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe den gesicherten Lebensunterhalt nachweisen müssen, mit der größten Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten zusammentreffen würde.

Ende September hatten mehr als 23.300 Menschen ihr Aufenthaltsrecht nach der Bleiberechtsregelung lediglich auf Probe. Das entspricht 44 Prozent der insgesamt (nach beiden Bleiberechtsregelungen) erteilten Aufenthaltserlaubnisse. Nachdem Vielen der Betroffenen der Arbeitsmarktzugang jahrelang versperrt war, finden sie oft nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu Niedriglohnbedingungen Arbeit. Die sich verschärfende Rezession reduziert ihre Möglichkeit, schnell von Sozialleistungen unabhängig zu werden.

Auch die regional unterschiedliche Lage auf dem Arbeitsmarkt führt zu Ungerechtigkeiten. So haben in den südlichen Bundesländern mit geringerer Arbeitslosenquote etwa 30 Prozent der Bleibeberechtigten die Aufenthaltserlaubnis lediglich auf Probe erhalten. In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit sind es dagegen zum Teil über 70 Prozent. Wer sein Bleiberecht z.B. in Bayern erhielt, hat eine wesentlich größere Chance, dass daraus ein dauerhaft gesichertes Aufenthaltsrecht wird als ein Betroffener aus Sachsen-Anhalt - bei sonst gleichen Voraussetzungen und gleich langem Aufenthalt. Über das Schicksal ganzer Familien entscheidet also der Zufall des Wohnorts und der zuständigen Ausländerbehörde. "Wir wollen eine gesicherte Zukunft für die Betroffenen, keine Landeslotterien des Bleiberechts," so Günter Burkhardt.

Fünfzehn Monate nach Inkrafttreten der Bleiberechtsregelung sind noch immer zehntausend Anträge unbearbeitet. Es häufen sich zudem die Fälle hanebüchener Ablehnungen. Alte, kranke, behinderte Menschen haben keine Chance.

gez. Bernd Mesovic, Referent

3. Save Me-Kampagne kommt ins Rollen

98 Menschen haben sich bislang in Heidelberg bereiterklärt, neu aufgenommene Flüchtlinge zu unterstützen, 123 in Reutlingen, 111 in Tübingen. Auch außerhalb dieser Städte können Sie die Kampagne unterstützen, z. B., indem Sie sich auf der bundesweiten Website www.save-me-kampagne.de als UnterstützerIn eintragen.

SAVE ME Reutlingen/Tübingen

&. laden am 29.01.09 ein zu einer Veranstaltung mit Norbert Trosien, UNHCR, über den aktuellen Stand der Debatte zur Flüchtlingsaufnahme. 20 Uhr, Schlatterhaus Tübingen (Näheres siehe unter "Termine)

4. Resettlement: Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak

Das Bundesinnenministerium hat am 5. Dezember eine [Anordnung für die Aufnahme von 2.500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus dem Irak](#) erlassen. Angekündigte ausländerrechtliche Hinweise des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Aufnahme irakischer Flüchtlinge stehen noch aus. Das IM BW wartet derzeit noch ein Schreiben des BMI zu ausländerrechtlichen Fragestellungen ab.

Nach Informationen von Pro Asyl hat UNHCR inzwischen 200 Fälle vorgeschlagen und diese Vorschläge an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg geschickt. Bei diesen 200 Fällen überprüft das BAMF nun anhand der Fall-Dossiers von UNHCR, ob die deutschen Kriterien zur Aufnahme erfüllt sind,

macht die obligatorische Sicherheitsüberprüfung der Flüchtlinge und entscheidet, wer zum Interview geladen wird.

BAMF-Mitarbeiter in Amman und Damaskus führen die Interviews mit den Personen durch und überprüfen und aktualisieren die Angaben aus den Dossiers. Im Rahmen dieser Überprüfung sollen die Flüchtlinge auch über die Aufnahmemodalitäten in Deutschland aufgeklärt werden. Die BAMF-Mitarbeiter vor Ort entscheiden auch abschließend über die Aufnahme der Personen.

5. Die Situation in der Abschiebehaft

Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Grüne

Die Bundesregierung hat am 17. Dezember eine Große Anfrage der Grünen über die [Situation in den Abschiebehaftanstalten](#) [PDF] in den Bundesländern beantwortet.

In Baden-Württemberg befanden sich am 31.12.07 57 Flüchtlinge in den Abschiebehaftanstalten: 56 Männer in Mannheim bzw. Rottenburg sowie eine Frau in Schwäbisch Gmünd. Anders als in anderen Bundesländern wurde in keinem Fall Abschiebehaft über ein Jahr verhängt, allerdings 21 Mal für einen Zeitraum von 6-12 Monaten.

Zwischen 2005 und 2007 wurden in Baden-Württemberg drei unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie fünf schwangere Frauen in Abschiebehaft genommen. Allerdings sei Abschiebehaft bei Schwangeren nur für straffällige Frauen vorgesehen.

Bereits im Juni 2008 hatte das Innenministerium Baden-Württemberg eine [kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Braun und Vogt](#) zur Abschiebehaft in Baden-Württemberg beantwortet.

6. Aktualisiertes Infoblatt "Zugang zur Arbeit und zu Sozialleistungen"

Aufgrund der Änderungen der Beschäftigungsverfahrensverordnung und der Arbeitsgenehmigungsverordnung vom 10.11.2008 wurde das ["Infoblatt zum Zuwanderungsgesetz - Zugang zur Arbeit und zu Sozialleistungen"](#), erstellt von Ev. Oberkirchenrat und DW Baden, Stand 1.12.2008, überarbeitet.

Auf den Seiten des Flüchtlingsrates Berlin finden Sie eine [Zusammenfassung von Georg Classen](#) über alle Änderungen im Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz.

7. UNHCR: 2008 fast 65.000 Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer

Immer mehr Flüchtlinge versuchen Europa über das Mittelmeer zu erreichen. 2008 landeten nach bisherigen Schätzungen fast 65.000 Menschen mit Booten an den Küsten Griechenlands, Zyperns, Italiens, Maltas und Spaniens und damit rund 60 % mehr als im Vorjahr, so die [Süddeutsche Zeitung in einem Bericht vom 31.12.2008](#). Besonders betroffen seien Lampedusa und Sizilien, wo 29.000 Flüchtlinge angekommen sind.

Der Ansturm der Flüchtlinge hat die Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen in Italien verschärft. [Tagesschau.de berichtete am 30. Dezember](#), dass Italien inzwischen mit der Direktabschiebung von Bootsflüchtlingen von Lampedusa aus begonnen habe. Der erste Flug der erst wenige Tage zuvor auf kleinen Booten angekommenen Flüchtlinge ging nach Kairo. Zwischen Ägypten und Italien besteht inzwischen ein bilaterales Abkommen über die Rückführung, wenn die Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge feststeht. Es sollen die ersten von über 2000 Flüchtlingen sein, die abgeschoben werden, so die ["junge Welt" in einem Bericht vom 5. Januar](#).

Laut [Fortress Europe](#) sind 2008 mindestens 1.502 Flüchtlinge auf ihrem lebensgefährlichen Weg nach Europa ums Leben gekommen.

8. Infos zum deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen

Das deutsch-syrische Rückführungsabkommen vom 14.07.2008, durch das auch Staatenlose, Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit und syrische Staatsangehörige, die nicht über Identitätsnachweise verfügen, nach Syrien abgeschoben werden können, ist am 03.01.2009 in Kraft getreten.

Dies führt zu erheblichen Gefahren für den Aufenthalt insbesondere von Personen, die bislang aufgrund ihrer Staatenlosigkeit eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben oder geduldet wurden. Die ersten Ausreiseaufforderungen mit Abschiebungsandrohung liegen bereits vor.

Staatenlose können abgeschoben werden, wenn Kopie oder Original eines Reisedokuments für Flüchtlinge, einer syrischen Aufenthaltserlaubnis oder einer Mukhtar-Bescheinigung hinsichtlich eines früheren Aufenthalts in Syrien vorliegen.

Syrische Staatsangehörige können nun bereits dann abgeschoben werden, wenn Fingerabdrücke, Zeugenaussagen, eigene Aussagen in früheren Asylverfahren oder die Sprache der Betroffenen eine syrische Staatsangehörigkeit glaubhaft machen. Es reicht darüber hinaus selbst die Vorlage einer Kopie eines ungültigen Passes, einer Fahrerlaubnis oder einer Geburtsurkunde, um eine Abschiebung nach Syrien durchzuführen. Die syrischen Behörden stellen unproblematisch die für die Abschiebung erforderlichen Papiere aus.

(Informationen von den Rechtsanwälten Waldmann-Stocker und Schäfer, Göttingen)

Falls Flüchtlinge vom Rückführungsabkommen betroffen sein könnten, sollten sie Kontakt zu ihrem Anwalt aufnehmen, damit dieser überprüfen kann, ob Maßnahmen zur Aufenthaltssicherung ergriffen werden müssen.

9. Pro Asyl Newsletter Nr. 142 Dezember 2008

Newsletter Nr. 142 Dezember 2008

<http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-142/>

Inhalt

Allgemeine Meldungen

[Ergebnisse der Innenministerkonferenz](#)

[PRO ASYL: Angekündigte Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen unzureichend](#)

["Abschiebeminister 2008" gekürt](#)

[PRO ASYL legt Stellungnahme zum Entwurf der Verwaltungsvorschriften des BMI zum Zuwanderungsgesetz vor](#)

[Aus der Beratungspraxis: "Niederlassungserlaubnis bei humanitärem Aufenthalt" und "Nachweis der Personenidentität durch irakische Staatsangehörige"](#)

[Stellungnahme "Die Menschenrechtslage in Deutschland" erschienen](#)

[Bundesregierung: "Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Abzuschiebenden kein Freiheitsentzug"](#)

[Flüchtlingsrat Niedersachsen veröffentlicht Dokumentation der Anhörung "Leben in Lagern"](#)

[Aufenthaltserlaubnis als Korrektur behördlichen Fehlhandelns](#)

[Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz hat Bundestag und Bundesrat passiert](#)

[Förderung 14 neuer Projekte zum "Bleiberecht durch Arbeit"](#)

[Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei für Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes](#)

["Geld macht verdächtig"](#)

[epd-Dokumentation "Die Bedeutung von Taufe und Konversion im Asylverfahren" erschienen](#)

[Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden oft ungenügend wahrgenommen](#)

[Schokolade macht glücklich und dick.....Schokolade macht unglücklich und dünn!](#)

["Wie aus Polizeikreisen verlautete..."](#)

["Die Entgleisung"](#)

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

[Schlepper-Ausgabe "Fluchtgrund Naher Osten" erschienen](#)
[Anfrage "Zur Menschenrechtslage und zu den zivilen Opfern in Afghanistan" beantwortet](#)
[Burma: Vierzehn Mitglieder einer Dissidentengruppe zu jeweils 65 Jahren Haft verurteilt](#)
[Bericht "We Will Crush You" zur Lage im Kongo erschienen](#)
[Positionspapier "Asylsuchende Roma aus Kosovo" veröffentlicht](#)
[UNHCR: Massive Bedenken bei Versuchen, eine tamilische Familie zwangsweise abzuschieben](#)
[Deutsch-syrisches Rückübernahmeabkommen: "Völkerrechtsbruch mit Ansage"](#)
["From Fast Death to Slow Death: Palestinian Refugees from Iraq Trapped on the Syria-Iraq Border"](#)
[EU-Kommission hat ihren Fortschrittsbericht Türkei 2008 vorgelegt](#)

Europameldungen

[PRO ASYL-Recherche zur Situation in Griechenland: "The situation in Greece ist out of control"](#)
[Missionen, Visionen und Politiken an der Südgrenze der Europäischen Union](#)
[Bericht "Freiheit, Sicherheit, Privatheit - europäische Innenpolitik in einer offenen Welt" erschienen](#)
[Größte Massenabschiebung der EU-Geschichte](#)
[Mali weigert sich ein Rückübernahmeabkommen mit Frankreich abzuschließen](#)
["Ärzte ohne Grenzen" muss Lampedusa verlassen](#)
["Nirgendwo ankommen": Handreichung zu Dublin II erschienen](#)
[Synode der EKD hat zwei flüchtlingspolitisch relevante Beschlüsse gefasst](#)
[22. Prozesstag um die als Schleuserei angeklagte Seenotrettung durch die Cap Anamur](#)
[Zweite europäisch-afrikanische Ministerkonferenz zu Migrationsfragen](#)

Meldungen zu:

- [Belgien](#)
- [Dänemark](#)
- [Frankreich](#)

[Dies war der letzte Newsletter des Jahres 2008....](#)

10. Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

07.03.2009 mit Wahlen zum Sprecherrat. Referat am Nachmittag: Jörg Armbruster: Thema: "Irak: Situation und Perspektiven". Das Programm erscheint in Kürze. Ihre Anmeldung zu dieser Veranstaltung nehmen wir ab sofort gerne entgegen!

11.07.2009

07.11.2009

Sonstige Termine:

22.-24.01.2009: Bad Boll, Ev. Akademie: Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote.

[Weitere Infos und Programm](#)

29.01.09, 20 Uhr, Tübingen, Schlatterhaus: Informationsveranstaltung: Was ist Resettlement? Über die weltweite Lage von Flüchtlingen, die Resettlementpraxis des UNHCR und die Aufnahme von 10.000 irakischen Kriegsflüchtlingen in der EU spricht Norbert Trosien (UNHCR, Berlin). Grußwort: Dekanin Marie-Luise Kling-de Lazzer. Weitere Infos: www.save-me-tuebingen.de.

08.03.2009: Internationaler Frauentag

21.03.2009: Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

16.-29.03.2009: Internationale Wochen gegen Rassismus